

Ostdeutsche – katholikoide und sonstige Hetze gegen Ostdeutsche „wg. rechts“

- 20170820
- Von Egon Peus

Die AfD hat in den Neuen Bundesländern auffallend höhere Stimmanteile bei Wahlen und nach allgemeiner Einschätzung auch einen deutlich höheren Grad der Zustimmung im Volksbewusstsein als in den westdeutschen Bundesländern. Es kommt hinzu, dass nach breiter Einschätzung auch außerhalb der AfD Meinungen, Äußerungen bis hin zu Taten, auch strafrechtlich relevanten Taten, mit politischer Strebung, die nach der allgemeinen Spektraleinordnung als “rechts“ deklariert werden, stärker, verbreiteter vertreten seien als in den westdeutschen Bundesländern. Die Meinungsäußerer dazu sind auffallend häufig dieselben oder gehören zu denselben Meinungsführerkreisen, die ansonsten jedwede Kategorisierung und Kennzeichnung von Menschen etwa nach gesonderten Kriterien wie Rasse, Herkunft, Religionszugehörigkeit strengstens ablehnen.

1.) Püttmanns Einschätzung

Als „katholischer Publizist“ wird Dr. Andreas Püttmann vorgestellt¹. Er trägt an der angegebenen Stelle am 29.1.2017 Folgendes vor:

AfD am stärksten im Osten

Püttmann: Ja, das zeigen in der Tat durchgängig alle Umfragen. Ich glaube, das drei Gründe. Erstens haben wir die AfD am stärksten im Osten und im Osten sind bekanntlich drei Viertel der Bevölkerung konfessionslos. Und in den ostdeutschen Ländern gibt es eben die vergleichsweise geringste Demokratieeinübung und den geringsten Ausländeranteil. Man ist also nicht daran gewöhnt, so wie im Westen, in dem Maße mit Fremden zusammenzuleben. Das sind sicherlich zwei Osteffekte. Aber es gibt schon auch welche, glaube ich, die mit der Religiosität an sich zu tun haben. Einerseits bei der Sinnfrage, das hat der Berliner Erzbischof Koch auch mal angesprochen: Wenn man nicht geborgen ist, religiös beheimatet ist in einem Glauben, dann sucht man sich relativ leichter natürlich Geborgenheit in der nationalen Volksgemeinschaft, dann ist man vielleicht auch anfälliger für völkisches Denken. Es sind ja auch die großen Faschismen und der Nationalsozialismus als weltliche Religionen, als politische Religionen beschrieben worden wissenschaftlich. Ja, wenn man eben diese religiöse Geborgenheit nicht hat, ist in der Sinnfrage schon mal ein Vakuum da. Zitat Ende.

- a) Wer nach der Eingangsbemerkung „drei“ Gründe sucht, findet sie, jedenfalls Verfasser, nicht so recht, jedenfalls nicht leicht,

Eventuell meint Püttmann:

- aa) drei Viertel konfessionslos
- bb) vergleichsweise geringste Demokratieeinübung

¹ Deutschlandfunk Kultur – Religionen 29.01.2017 14:10 Uhr (Archiv) URL dieser Seite: http://www.deutschlandfunkkultur.de/katholischer-publizist-puettmann-ueber-die-afd-als-christ.1278.de.html?dram:article_id=377585

Katholischer Publizist Püttmann über die AfD "Als Christ kann man diese Partei nicht mehr wählen"
Andreas Püttmann im Gespräch mit Philipp Gessler

cc) geringster Ausländeranteil.

- b)** Die „Konfessionslosigkeit“ deutet eventuell Püttmann in den nachgeschobenen Erklärungen Er deutet dies verallgemeinernd als fehlende „Religiosität“ , was eine mangelnde religiöse Beheimatung zur Folge habe und daher eher eine andere Heimat, Geborgenheit, nahelege, hier also in der „nationalen Volksgemeinschaft“. Irgendeine Reflexion zu allgemeineren gruppensoziologischen Erkenntnissen lässt Püttmann hier nicht erkennen. Sollte er unter „Menschen“ auch Neger verstehen, so liegen Nachrichten über Ruanda vor, wonach dort Christen, Katholiken, durchaus mit „Religiosität“ versehen, doch auch zugleich eine massive Orientierung an nicht-religiösen Zuordnungen und Beheimatungen , wie Rasse oder Stammes- / Volkszugehörigkeit Hutus/Tutsis erkennen ließen. Die tagesaktuellen Berichte dazu, dass selbst ein Papst Mühe hat, in Nigeria einen lokal wegen andersstämmiger Zugehörigkeit in dem ihm zugewiesenen Bistum akzeptiert werden zu lassen, konnten Püttmann Ende Januar 2107 noch nicht bekannt sein. Sie belegen aber exemplarisch ergänzend, dass seine Betrachtung und wertende Einschätzung Bedenken erweckt.
- c)** „Geringste Demokratieeinübung“ ist in diesem Zusammenhang zunächst erst einmal sinnfrei. Es sei denn, unter „Demokratie“ verstehe Püttmann volkshammerähnlich nur das Votum für eine genehme Partei der momentan obwaltenden oder sich selbst als vorzugswürdig definierende machthabende Richtung. In einer „Demokratie“ ist das Wahlergebnis und zugrundeliegende politische inhaltliche Stimmung Ausdruck und Ergebnis des Willens des demos, und zwar nach den Prinzipien der egalitär Stimmkraft zuordnenden parlamentarischen Demokratie jedem einzelner Stimminhaber. Soziologisch sind dann bei inhaltlich identischer, kompatibler oder ähnlicher Willensbildung mehr oder minder größere Gruppierungen wahrzunehmen. Das Prinzip der Demokratie wirkt nicht umgekehrt, in dem Püttmannschen Sinne, dass das als Oberbegriff elevierte Prinzip als staatsformendes Element inhaltlich den Willen des demos, genauer: mancher, vieler, der Mehrheit oder im Extrem aller demos-Angehörigen zu gestalten berufen wäre.
- d)** „Geringster Ausländeranteil“ – das dürfte –noch – zutreffen als Faktenaussage. Wenn Püttmann zur Demokratieeinübung auf Erfahrungen der vormals sowjetzonalen Bevölkerung verweist, so wird allerdings dann auch daran zu erinnern sein, dass man dort durchaus Erfahrungen mit „Ausländern“ gemacht hat. Zum einen – sowjetrussische Soldaten, ab Einmarsch, sodann bis 1990 Besatzungssoldaten. Püttmann sollte bekannt sein, wie dem Verfasser aus Besuchen ab 1990 etwa in Sachsen, dass es bis in kleinere Kommunen Häuser der „deutsch-sowjetischen Freundschaft“ gab. Ferner hatte es in der sog. „DDR“ „Gastarbeiter“ gegeben und hereingeholte weitere ausländische Personen in größeren Zahlen, teils aus Vietnam, vor allem auch aus Mozambique.

2.) Kritik an Püttmanns Einschätzungen

Willy Brandt hat uns den „mündigen Bürger“ vor Augen gestellt. Man könnte es als impertinente Intellektuellenanmaßung bezeichnen oder ansehen, wenn Püttmann derartige Mündigkeit den „Ostdeutschen“ abspricht und sie vor allem mangels „Erfahrungen“ mit „Demokratie“ und „Ausländern“ als gesellschaftlich inhabile Mindergeister darstellt.

„Aus Erfahrung wird man klug.“ Schon die „Diagnose“ angeblich mangelnder Erfahrung ist verfehlt.

- a) Die Bewohner der Sowjetzone / sog. „DDR“ hatten massivste „Erfahrungen“, und ungeprüft lässt Püttmann alle nachfolgenden Erwägungen, die gerade für „Klugwerden“ aus Erfahrungen sprechen.
- b) Wer statt in Westdeutschland 12 Jahre Diktatur und , einschließlich Besatzungsregime mit auch brutaler Rechtsverweigerung², wenn auch nicht dermaßen brutal wie die Sowjettruppen, über weitere vier Jahre , also bis 1949 und folglich insgesamt 16 Jahre erlebt hat, hingegen von 1933 – 1990 Terror, Gesinnungsdiktatur , staatsgelenkte Presse und Mangel an freier (etwa demokratischer Meinungsäußerung und Bestimmung durch Abstimmung erlebt hat, also länger und bis in jüngere Zeit hinein, der hat heute aktuell ein wesentlich geschärfteres Gespür für den Wert der Freiheit.
- c) Er hat damit auch höchst lebendige Erfahrung damit, wie es ist , wenn die übermächtige momentan und langdauernde Staatsmacht so gut wie total zugleich mit ihrem politisch-ideologischen Willen und „Geist“ das äußerlich wahrnehmbare öffentliche „Meinungsbild“ penetriert. Wenn abweichende Meinung gar nicht veröffentlicht wird oder werden kann. Und wenn, soweit in eher privaten Grenzen doch gelingend, bei Missliebigkeit bei der „Obrigkeit“ schärfste Sanktionen nicht nur drohen, sondern auch rabiatisch durchgesetzt werden. Er sieht auch, dass es vom Ergebnis der einem Gesinnungsterror gleichkommenden orchestrierten Gleichdarstellerei in allen drei Systemen her gesehen zu demselben Effekt führt – egal, ob dahinter ein „Reichsminister für Volksaufklärung und Propaganda“ steckt, ein SED- oder Stasi-Apparat mit einschlägig besetzter Presse und Funkmedien³ oder sonst wie nunmehr eine den Zeitgeist total inkludierende und Abweichendes exkludierende herrschende systemorganisierte mainstream-Medienlandschaft. Mit aus (leidvoller) Erfahrung geschärftem Blick haben Ostdeutsche diese Dysfunktion des systemorientierten durchaus machtvollen Mediensystems erkannt und durchschaut. Eher noch jedenfalls, als mittlerweile formal durch Gutachten belegt⁴.

² Vgl. Graf von Galen, Predigt Telgte 1. Juli 1945: zu Ausländerkriminalität marodierender Banden: „vertierte Wüstlinge“, geduldet und nicht bekämpft durch alliierte Besatzer, sondern willentlich und absichtlich (!!) das Interesse der Deutschen an Bekämpfung von Mord, Plünderung und Vergewaltigung nachgeordnet; siehe dazu Peus, Die Gesellschaft Harmonie zu Bochum, in: Festschrift zur 200 – Jahr – Feier , 24. Juni 2017, Gesellschaft Harmonie zu Bochum“, Festschrift 24. Juni 2017, S. 12 ff., , speziell zu v. Galen S. 45, S 62 mit Endnoten 154 und 155

³ Direkt staatlich betrieben und finanziert; etwas abweichend das momentane staatlich zwangsbeitragsfinanzierte und etablierte „öffentliche“ Rundfunkwesen.

⁴ Haller, Studie, veröff. von der Otto-Brenner-Stiftung, Juli 2017, passim.

- d) Ein Bonmot etwa aus der Tschechoslowakei um 1968 lautete etwa: „Sind die zum Schutz des Sozialismus einmarschierten Truppen eigentlich Brüder oder Freunde? Antwort: Brüder. Denn Freunde kann man sich aussuchen.“ Aber die Deutschen haben sich wohl weder 1945 noch später die Sowjetrussen oder gar deren Truppen als „Freunde“ ausgesucht⁵. Solche „deutsch-sowjetische Freundschaft“ wurde staats- und parteihoheitlich dekretiert und penetriert. Völlige Absonderung fand nicht statt – über die Folgen, soweit von Menschen aus der deutschen Bevölkerung als „misslich“, um nicht zu sagen strafbar – empfunden durfte öffentlich nicht berichtet werden. Die Erfahrungen mit diesen „Ausländern“ haben wohl die Menschen in der Sowjetzone drastischer und nachhaltig geprägt.
- e) Dazu gehörten wohl auch Erfahrungen mit Gewaltverbrechen durch Ausländer und ferner der Umgang damit in der staatsinfiltrierten und gelenkten „öffentlichen Meinung“. Nicht, dass in Westdeutschland Erfahrungen völlig gefehlt hätten. 1920 durfte im Reichstag Nationalversammlung noch Klartext geredet werden: „Sittlichkeitsverbrechen und bestialische Roheiten“⁶, Graf von Galen immerhin noch am 1. Juli 1945 „vertierte Wüstlinge als solche bezeichnen, Predigt in Telgte. Die Umerziehung in den westdeutschen Territorien gelang aber insoweit, als zwar noch von Vertreibung und Vertriebenen Deutschen gesprochen werden durfte, Verbrechen der westalliierten Truppen, im oder nach dem Krieg, aber hintangesetzt wurden. Immerhin – die hier bis in den Schulunterricht und öffentliche Geschichtspropaganda hinein vorgestellten sowjetischen Kriegs- und Nachkriegsverbrechen wurden in der Sowjetzone selbstredend nicht erwähnt, ebenso selbstredend aber durchaus umgekehrt die Verbrechen der Westalliierten. In Dresden waren noch 1990 Schriften und Tafeln mit der Bezeichnung „westalliierte Terrorbomber“ zu lesen – zur Bombardierung Dresdens etwa.

So machten die Ostdeutschen gleich mehrerlei Erfahrungen: Sie werteten aus, aus eigener konkreter Erfahrung, dass gerade Verbrechen von Ausländern der meinungsdiktatorischen medialen „Behandlung“ unterlagen – willkürlich vertuscht und verheimlicht wurden, nur die von ideologischen Feinden begangenen nicht, sondern angeprangert. Und schwupps –kurz nach 1990 durfte auf einmal fast überhaupt nicht mehr von Ausländerverbrechen, vor allem erst einmal der Alliierten, geredet werden. Denn nunmehr konzentrierte sich alles, aber auch restlos alles im mainstream, zentral befeuert von Historikerstreit und noch so tendenzkonstruierter und –manipulierter „Wehrmachtsausstellung“ und sich daraus ergießend in die mainstream-Journaille darauf: „Schuld“ sind sowieso immer, stets und überall „Deutsche“.

Man könnte eher meinen, dass die Ostdeutschen mit besonderer Befähigung als „mündige“, aus Erfahrungen klüger gewordene Bürger viel eher erkannt haben: Es gibt in Deutschland eine Machtelite. Und sie harmoniert, bestens eingebunden, auch im post68er Meinungsdenkstream, mit einer Medienelite – verstanden nicht als Qualität (die sich Teilnehmer und Profiteure selbst dazu beimessen) sondern

⁵ Ebensowenig wie Deutsche Marokkaner, Araber, Senegalesen und sonstige farbige Kolonialbesatzungstruppen in Deutschland wünschten, vgl. etwa Protokoll Nationalversammlung 20. Mai 1920, S. 5690 ff., und dazu Peus, a.a.O. Festschrift Harmonie . 54 mit Endnote 87.

⁶ Vgl. Peus, a.a.O., Festschrift S. 54, NatVers Protokoll 1920, S. 694 li Sp.,, auch mit volksbezogener Benennung der Herkunftsländer der Verbrecher; ebenso auch noch mit Klartext Graf v. Galen, Predigt Telgte 1. Juli 1945: „vertierte Wüstlinge“. Alles dies würde Püttmann heutzutage wohl als „Hass und Hetze“ oder „Rassismus“ bezeichnen.

bezogen auf die Vermachtung. Sie wirkt meinungsdiffundierend und – penetrierend bis in die Regionalpresse, die ihr zu folgen pflegt⁷. In dieses Mehrheitsmeinungsmainstreamsystem fügt sich auch vor allem der staatlich organisiert zwangsweise finanzierte Rundfunk ein.

Dass es diese vermachteten Meinungskommandosysteme gibt, haben Pegida und AfD viel früher als Haller – der es geahnt haben will – präzise gewusst, analysiert und –ausgedrückt. Diese offene Ausdrucksweise – das waren die Ostdeutschen bis 1990 nicht gewohnt, aber als „mündige Bürger“ haben sie es schnell gelernt. Auch im selbstbewussten Vertrauen von Dresden und Leipzig 1989 : „Wir sind das Volk“.

Ich muss gestehen: Ich bewundere diese frische, mannhafte, robuste Bereitschaft, gelerntes Gutes auch wirklich anzuwenden, außerordentlich.

Nur in einem waren die Demonstranten 1989 unpräzise. Wer war oder ist „das Volk“? Im konkreten Moment war es die Betonung, gerade gegen die SED-Zwangsherrscher zu sein. Gegen Meinungs-, Gesinnungs- und politischen Terror. Für die freie Bildung, , Vergemeinschaftung, Ausdruck und Umsetzung frei gesetzter Ziele und politischer Auffassungen. In der Gegnerschaft zum SED-Terror waren sie wohl definiert: alle freie Bürger in dem Gebiet, über das die SED Herrschaftsgewalt hatte.

Bald sagten sie ergänzend: „Wir sind ein Volk“, 1990. Nun deutlich – das gesamte deutsche Volk. Dazu mussten Ostdeutsche dann aber recht bald weitere Erfahrungen machen.

- f) Wirtschaftlich und wirtschaftspolitisch gesehen hatte die Zeit ihre besonderen Probleme. Das würde hier zu weit führen, und hierzu ist die Rolle der „Ostdeutschen“ mE auch nicht so günstig einzuschätzen⁸. Nicht ohne Grund sahen sie sich allerdings bald einer Konsumierungsüberflutung mit den Erwerbsinteressen für minderwertigsten Schrott konfrontiert. Sie nahmen recht bald nicht ohne Grund das charakterlich-ethisch minderwertige rein wahlkampf-taktisch orientierte Gewäsch eines „Verantwortungsträgers“ von alsbald zu erwartenden „blühenden Landschaften“ als staatspropagandistisches Gerede, also als das wahr, was es war: faktenfern, unreal, ebenso wie später aus anderem Munde „Wir schaffen das.“ Der sprachphilosophisch nicht so feinakademisierte Mensch nennt so etwas auch „Lüge“.
- g) Damit aber setzten sich die Ostdeutschen in die Nessel. Sie hatten nämlich nicht beachtet, hierzu ja auch keine eigenen Erfahrungen sammeln können, dass der westdeutsche Teil „des Volkes“ bereits jahrzehntelang, mindestens ab 1969,

⁷ Dies alles nunmehr auch laut der Studie von Haller, Otto-Brenner-Stiftung Juli 2017.

⁸ Gerade 1990 war augenscheinlich das Bewusstsein und Billigung der Enteignung der „Junker und Bürger“ immer noch oder erneut sehr wach, ausgedrückt auch im „Vermögensgesetz“ der Volkskammer von Sommer 1990 mit dem Ausschluss der Rückgabe von kommunistischem Raubgut besonders 1945-1949. Der Druck war groß genug, um den insoweit gewissen- und charakterkosen Figuren wie Kohl und Schäuble das „aufzudrücken“. Die auch wirtschaftlich katastrophalen Folgen für die neuen Bundesländer können hier nur skizziert werden: Sumpf- und Scheinblüten, erst recht durch das „Investitionsvorranggesetz“, und dann nach wenigen Jahren Zusammenbruch dieser Groß-Sumpfb Blüten. Jedoch hatte sich gesunder klein- und mittelgewerblicher Mittelstand nie so recht entwickeln können. Vorsorglich – Verfasser und seine Vorfahren und Familien hatten in jenem Gebiet bis 1945, nichts, haben dort nichts verloren, hätten daher ohnehin selbst nichts „zurückbekommen“. Es wird beurteilt von insoweit persönlich unberührt neutraler Warte.

erheblich infiltriert war durch die 68er Ideologie, mehr noch: wenn auch durchaus renitente Stimmen im Volke vorhanden blieben, so war doch das systematisierte und organisierte Meinungsführerwesen fast vollständig durchdrungen, infiziert, finanziert, positionsmäßig abgesichert durch einen Figurenkreis (es fällt schwer, hierzu den ambitionierten Begriff von „Personen“ zu verwenden) , bei dem es gewiss kein Propagandaministerium als formale Führungsinstanz gab, aber auch nicht brauchte. Ein Strauß konnte noch Klartext reden: „Freiheit oder Sozialismus“. Noch gab es einige Zeit lang einen – auch in der Sowjetzone im Kontrast zu Eduard von Schnitzler gesehenen und beachteten – Gerhard Löwenthal⁹. Aber man hat in den mitteldeutschen Ländern bis 1990 nicht beachtet und danach nicht so ganz schnell wahrgenommen, dass solch kerniger Geist in Westdeutschland bereits längst marginalisiert und dann ersatzlos abserviert wurde. Die Gleichströmigkeit war mittlerweile ähnlich perfekt, mit nur noch rudimentären Inseln selbständiger Gedanken, wie ab 1933 unter Goebbels, da gab es ja auch noch jahrelang die Frankfurter Zeitung. Aber den mainstream der political correctness – den machte längst eine nur noch durch kleinere Binnenveränderungen changierende, ansonsten aber festgefügte politische Kaste aus, verbunden mit der, getragen durch und beeinflussend die Haupteinflussmedien. Es gab und gibt das, was neuerdings nach der offenbar Katastrophe des Verlusts jeder Glaubwürdigkeit nunmehr auch so benannt wird

- machtvolle Akteure einer „politischen Machtelite“¹⁰
- journalistische Elite¹¹.

Solche Macht lässt sich klar belegen:

- Ein Generalbundesanwalt greift den Verdacht einer Straftat wegen Geheimnisverrats auf, nicht einmal gegen Presseangehörige, aber gegen Personen/Beamte, die Journalisten das geheimgeschützte Material zugeleitet haben sollen. Allein dies genügt schon, damit ein Bundes-„Justiz“-Minister im August 2015 nach dem gescheiterten ersten Versuch, den Generalbundesanwalt von der Befolgung seiner Amtspflicht zu ermitteln abzubringen, die Entlassung des Generalbundesanwalts herbeizuführen. Es ist danach postfaktisch, die Presse als „vierte“ Gewalt zu bezeichnen. Sie hat Einfluss wie eine erste. Irgendeiner ernsthaften gerichtlichen Kontrolle unterliegt sie aber nicht.

Aber Ostdeutsche sind ja lernfähig. Aus altgewohnter SED-Propaganda, bei weit zurückreichender Erinnerung auch der NS-Propaganda, wissen sie: Neben langen Rede und Artikeln, die selbst schon wieder mit knalligen Überschriften versehen werden können, lassen sich auch durch kurze Rufe Meinungen vortragen. Lernbereit, wie nach dem Erfolg von „Wir sind das Volk“, haben sie auch medial dazugelernt und eingeübt.

„Lügenpresse“ – wie das Aufjaulen des zutreffend und zielsicher getroffenen Hundes beweist: das saß und sitzt. Ein Wort – eine mediale Welt! Und zutreffend, überzeugend und packend. Nicht esoterisch sprachlogisch klügelnd, ob da genau genommen nach akademisch-sprachphilosophischer Beäugung Vorsatz, Erklärung wider besseres Wissen, vorausgesetzt würde. Aber wie Kohl es formuliert hat: Es kommt immer darauf an, was hinten herauskommt. Wenn das so ist, so kommt es auf die Unwahrheit, tendentiöse Verfälschung der Presseaussage, auf ihren Inhalt an, nicht

⁹ Im west-mainstream unangreifbar, aus gewissen Gründen!

¹⁰ Haller, Die Flüchtlingskrise in den Medien, Juli 2017, S. 11.

¹¹ Haller, a.a.O. S. 10.

darauf, ob der Verfasser rein subjektiv mit Zielrichtung absichtlich Unwahreres vorträgt, ob politisch nicht zielgerichtet, sondern nur wegen Knalligkeit und Umsatzmehrung, oder wegen Unkenntnis – nichts davon adelt übrigens.

Hier wieder die Macht der Presse: Obwohl nur die Presse attackiert wird, jaulen auf zugleich die mehr oder minder freien „Publizisten“, aber auch Politiker, praktisch ausschließlich aber der „politischen Machtelite“¹² bisheriger Couleur. Es ist ziemlich egal, wo man kirchliche „Verantwortungsträger“¹³ ansiedelt – sie betreiben selbst Presse einschlägiger mainstream-Orientierung, sehen sich aber auch als politische Akteure¹⁴. Prompt sind sie „disgusted“.

h) Die Erfahrungen von Ostdeutschen und aller aufmerksamen Deutschen – Lernen von Ost nach West – wachsen ja permanent.

Knallige Begriffe soll nur verwenden dürfen, wer „auf der richtigen Seite“ des mainstreams waltet (und wütet) ?

„Pack“ – trennscharf, präzise und klarbegründet, wenn von einem Bundeswirtschaftsminister und Vizekanzler gesagt/ gerufen – wir lernen auch: wenn die „Richtigen“ sagen oder laut rufen, so ist es so; wenn es „die Falschen“ tun, ist es stets „brüllen“.

„Wir schaffen das.“ - Würde man mit der vorwurfsvollen Akribie gewisser „Experten“¹⁵ heran gehen, so wäre das Ergebnis vernichtend; vielleicht schlimmer: Lüge. Zur Präzision: wer ist das „wir“? Nach dem grundgesetzlichen Amtseid – Wohl des deutschen Volkes, Art. 64 Abs. 2, Art. 56 GG - könnte man bei der amtlichen Funktion der Verlautbarerin, der diese Worte aus dem Gehege ihrer Zähne entflochten, annehmen, „wir“ seien das „deutsche Volk“. Ab wann diese Verlautbarerin das Unwahre ihrer so verstandenen Behauptung erkannte, ist bisher unbekannt. Nicht allzu viel später kam heraus, dass sie es so meinte, den von ihr ausgestellten ungedeckten Wechsel sollten gerade die anderen EU-Staaten und – Völker einlösen. Es so gerne gehabt hätte. Zu ihrem Missvergnügen musste diese Verlautbarerin danach aber feststellen, dass a) praktisch alle anderen Völker das Wort „Demokratie“, das der Verlautbarerin ebenso gern aus dem Gehege ihrer Zähne dringt, so verstehen, dass bei ihnen der demos wirklich das Sagen hat, er auch etwa in Ungarn und Polen und anderswo sehr präzise seinen, des demos, Willen durch mehrheitliche Stimmabgabe kundgetan hatte, und zwar ohne die Absicht, den ungedeckten Scheck der Verlautbarerin auf eigene Kosten, finanziell und kulturell,

¹² Haller, a.a.O., S. 11.

¹³ Zu diesem Begriff und Sprachgebrauch sog. „Sozialethische Expertise“ vom 7. Juni 2017, und dazu die Rezension Peus, AfD-Grundpositionen und katholische Soziallehre – oder: Über die Wertlosigkeit einer sogenannten „Expertise“ für ernsthafte und seriöse politische Debatten.

- Rezensionenansätze zu der „Sozialethischen Expertise“ Juni 2017 Heimbach-Steins u.a. –
- Von Egon Peus (20170621), auch in www.: <http://eap.peus.info/>

¹⁴ Vgl. näher, detailliert an einem beispielhaften Themenkomplex und vollständig mit Belegen versehen: Katholisch-deutsche Öffentlichkeitsansprache

- Realsatire oder Lachnummer? Am Beispiel der sog. „Ehe für Alle“
20170721

Von Egon Peus.

¹⁵ Sozialethische Expertise Heimbach-Steins u.a., vom 7. Juni 2017, siehe dazu rezensierend Peus
<http://eap.peus.info/>

einzulösen b) deutsche, nun ja jedenfalls die Vorstellungen dieser scheckausstellenden Verlautbarerin, sich im Ausland ohne Einmarsch von Wehrmacht und Waffen-SS nicht direkt durchsetzen lassen¹⁶.

- i) Ein angepasst CDU-inkultrierter CDU-Ministerpräsident Sachsens hat mittlerweile eine kaum mehr überbietbare Steigerung dargelegt: „Das sind keine Menschen mehr, die so etwas tun. Das sind Verbrecher“¹⁷. Das ist hier von Belang, weil er von ihm selbst regierte Menschen als Nicht-Menschen qualifizierte. Goebbels und Himmler kannten „Untermenschen“, die wohl immerhin noch Menschen waren. Freisler sprach Verurteilten für die Zeit bis zu ihrer Hinrichtung die Ehre ab, das Menschsein nicht. Letzteres blieb also einem jetzzeitigen Ministerpräsidenten, seinerzeit als Bundesratspräsident, fungierend, vorbehalten, übrigens nicht in aufgeregter Rede oder Veranstaltung, sondern in einem ruhigen Interview. Wenn sich die Menschen, auch Ostdeutsche, an die „Experten“ jener katholikoiden „Sozialethischen Expertise“ halten, werden sie wohl auch hier den vergleichenden Blick auf die NS-Zeit werfen.
- 3.) Fazit: Man also getrost die abschätzigen Bemerkungen über „Ostdeutsche“ als irrelevant beiseite tun, oder eher: als Ausdruck von tendenziöser „Hass und Hetze“ – das Lieblingswort als Hendiadyoin von Zeitgeist, Journaille, Fernsehen, Bischöfe und deren „Organen“, auch Presse-„Organen“. Sie meinen sie nähme das woanders wahr, In Wahrheit betreiben sie es selbst. Bisweilen etwas vornehmer verpackt.

¹⁶ Die Expertisen-Experten mögen sehen, auf welch fruchtbaren Boden ihr Appell fällt, stets und überall auch die Geschichte der NS-Zeit in den Blick zu nehmen. Genau so sieht Verfasser das ja auch. Geschichte kann sehr lehrreich sein, Vgl. Rezension <http://eap.peus.info/>

¹⁷ Taten waren a) in einem Fall Brandstiftung (durchaus rechtstechnisch „Verbrechen“, hier allerdings ohne Gefahr für Menschen, weil leeres Haus, und erst recht ohne effektiven Personenschaden), und in zwei Fällen (in einem davon nur) politische Meinungsäußerung.